

Der Amerikaner Michael Hudson ist wohl einer der profiliertesten und auch umstrittensten unter den progressiven Ökonomen. Mit dem Buch „Killing the Host“ hat er 2015 eine bemerkenswerte Analyse des heutigen Finanzsystems vorgelegt. Vor anderthalb Jahren ist die deutsche Übersetzung „Der Sektor“ erschienen. Nun hat der Verlag noch einmal nachgelegt und ein Frühwerk Hudsons in deutscher Sprache veröffentlicht. Es ist das 1973 erschienene Buch „Super Imperialism“, das in der deutschen Übersetzung „Finanzimperialismus – Die USA und ihre Strategie des globalen Kapitalismus“ heißt. Eine Rezension von **Thomas Trares**[*].

Die Übersetzung kommt gerade zur rechten Zeit, denn das Buch ist, obwohl vor 45 Jahren geschrieben, hochaktuell. Hudson beschreibt darin den Aufstieg der USA zur globalen Finanzmacht. Er beschreibt also, wie die USA genau jenes System geschaffen haben, das durch den aktuellen Präsidenten Donald Trump nun wieder in Frage gestellt wird. Hudson selbst sagt über das Buch, dass es sich im Großraum Washington am besten verkauft hat (ein Indiz dafür, dass es gerade in politischen Kreisen gut angekommen ist), und dass US-Geostrategen es als „Handbuch zur praktischen Umsetzung“ verwendet hätten (was Hudson so gar nicht bezweckt haben will).

Inhaltlich kann man das Buch in fünf Phasen unterteilen:

1. **Der Aufstieg der USA zur Weltfinanzmacht nach dem Ersten Weltkrieg**

   Keimzelle des Aufstiegs zur Weltfinanzmacht war der Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg im Jahr 1917. Davor waren Staaten in erster Linie bei privaten Banken verschuldet, nicht aber bei anderen Staaten, Kriege wurden auf Basis von Subventionen geführt. Dies änderte sich nun: Im Ersten Weltkrieg unterstützten die USA die Alliierten erstmals mit Rüstungskrediten. Für die globale Machtarchitektur hatte dies dramatische Folgen. Nach dem Krieg war die alte Weltmacht England bei

den USA hochverschuldet, Frankreich ebenso. Deutschland hingegen musste enorme Reparationen an die Alliierten zahlen. Die Europäer waren somit geschwächt. Übrig blieben die USA als die neue Weltmacht.

Hudson schreibt hierzu:

> „Nie zuvor hatte eine Nation staatliches Kapital eingesetzt, um sich in den unangefochtenen Kreditgeber der übrigen Welt zu verwandeln. Dies war ein neues Phänomen in der internationalen Finanzwirtschaft: Die internationalen Vermögenswerte wurden in den Händen eines Staates gebündelt.“ (S. 39)

2. **Der Isolationismus der 30er Jahre**

   Dann die Ära des Protektionismus in den 1930er Jahren. Diese Phase war geprägt durch die Weltwirtschaftskrise sowie durch die Politik des Isolationismus unter dem damaligen Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Mit dem „New Deal“ legte Roosevelt ein gigantisches Konjunkturprogramm auf, das nur die Binnenwirtschaft im Blick hatte, dann wertete er zu Lasten der Europäer den Dollar ab, und auf der Londoner Konferenz verweigerte er sich einer internationalen Krisenlösung. In der britischen Hauptstadt hatten sich im Juni 1933 die Vertreter von 66 Staaten getroffen, um gemeinsam einen Weg aus der Weltwirtschaftskrise zu finden.

   Herrschende Meinung in Europa war damals, dass die USA ihrer neuen Rolle als führende Weltmacht nicht gerecht wurden. Roosevelts Ziel hingegen war, die Preise in den USA in die Höhe zu treiben, denn das Land litt damals unter einer brutalen Deflation. „In den Dreißigerjahren war in der amerikanischen Außenpolitik kaum aufgeklärtes Eigeninteresse zu finden. Sie beschränkte sich auf unverhohlene Machtausübung“, meint Hudson. (S. 114)

3. **Die Neuordnung der Weltwirtschaft auf der Konferenz von Bretton Woods**

   Zehn Jahre später agierten die USA dann „aufgeklärter und weitblickender“. Auf der Konferenz von Bretton Woods im Juli 1944 einigten sich 44 Staaten für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg auf eine auf Freihandel basierende Welthandelsordnung. Auch hier diktierten die USA die Regeln. Sie waren damals der Gläubiger der Welt und besaßen allein rund 75 Prozent der weltweiten Goldreserven. Als einzige Nation sicherten sie sich im Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank ein

Vetorecht. Der Dollar fungierte als Weltreservewährung und wurde an den Goldpreis gekoppelt. Einzig die International Trade Organisation (ITO) war eine „Totgeburt“. Aus deren Fragmenten sollte dann kurze Zeit später das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) entstehen.

Die Sowjets sollten zunächst Teil des Systems sein, nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ hatten sich diese Pläne aber schnell zerschlagen. Ferner wurden die Briten in die zweite Reihe gedrängt, das Pfund Sterling verlor endgültig seine Funktion als Weltreservewährung. „Daher müssen sich Europa und insbesondere Großbritannien vorwerfen lassen, dass sie die amerikanischen Pläne für die Nachkriegswelt widerstandslos hingenommen haben. Europa sträubte sich dagegen, seine eigenen Interessen durchzusetzen, sobald diese in irgendeiner Weise mit denen der Vereinigten Staaten in Konflikt gerieten. Ausgelaugt von dem Krieg, nahm Europa freiwillig Abschied von vierhundert Jahren imperialer Bestrebungen“, schreibt Hudson. (S. 293)

4. **Der Wandel der USA vom größten Gläubiger zum größten Schuldner der Welt**

Doch im Zuge der Kriege in Korea und Vietnam änderten sich die Dinge wieder. Zwischen 1951 und 1971 blähte sich in der US-Zahlungsbilanz ein enormes Defizit auf, das von den hohen Militärausgaben im Ausland stammte. Dieses finanzierte man über den internationalen Kapitalmarkt durch die Ausgabe von US-Staatstiteln. Hudson selbst sagte einmal über dieses Buch, dass es davon handelt, wie die USA den Rest der Welt zum Finanzier der eigenen Militärausgaben gemacht haben.

Allerdings drohte das hohe Zahlungsbilanzdefizit die Vormachtstellung wieder zu untergraben. Zuviel Gold floss aus den USA ab. „Daher versuchten US-Währungsstrategen die Basis finanzieller Macht von Gold weg hin zu Schulden zu verschieben oder, genauer gesagt, von gläubigerorientierten internationalen Finanzregeln, die die Vereinigten Staaten in Bretton Woods gefordert hatten, hin zu schuldnerorientierten Vorschlägen, die sie zurückgewiesen hatten, als Keynes sie 1943 propagierte“, schreibt Hudson hierzu. (S. 335) Die Einführung von Sonderziehungsrechten (SZR) beim IWF im Jahr 1969 war ein solcher Bruch mit der gläubigerorientierten Philosophie. Die SZR ermöglichten es den USA nämlich, höhere Zahlungsbilanzdefizite einzugehen.

Interessant ist auch, wie US-Währungsstrategen das Zahlungsbilanzdefizit seinerzeit rechtfertigten. Während der US-Präsident Trump heute den Mythos vom „Uncle Sucker“ bedient, wonach sich die USA leichtgläubig von allen anderen ausnutzen

lassen, kursierten damals ganz andere Erklärungen. Die gängigste besagt, dass die USA die Führungsmacht im Kalten Krieg waren und damit im Ausland außerordentliche „äußere – militärische und ökonomische – Verpflichtungen eingegangen waren“, die ein entsprechendes Defizit mit sich brachten. Und der Preis, den die nichtkommunistischen Länder für den US-Schutzschirm zahlen mussten, bestand eben darin, dieses Defizit aufzufangen. (S. 360)

5. **Die Aufhebung der Goldbindung 1971 und die endgültige Freigabe der Wechselkurse 1973**

   Gleichwohl ließ sich das System von Bretton Woods irgendwann nicht mehr aufrechterhalten. Die USA hatten zu viele Dollars in Umlauf gebracht, um die Golddeckung noch gewährleisten zu können. Am 15. August 1971 hob der damalige Präsident Richard Nixon die Goldbindung auf. Stattdessen trat im Dezember 1971 das Smithsonian Agreement in Kraft, ein Währungsabkommen zwischen den G10-Staaten. Der Dollar wurde dabei um acht Prozent abgewertet. Nixon nannte die Vereinbarung damals „das wichtigste monetäre Abkommen in der Geschichte“. Nur zwei Jahre später brach auch dieses System auseinander. Die Wechselkurse der Währungen wurden 1973 komplett freigegeben. An der Vormachtstellung des Dollar sollte dies aber nichts ändern.

Fazit:

Wer Michael Hudson heute kennt und den „Sektor“ gelesen hat, der erkennt ihn in diesem Buch kaum wieder. Hudsons übliche Hau-drauf-Polemik findet man hier nur in Ansätzen. „Finanzimperialismus“ ist vielmehr eine nüchterne, sachliche, aber dennoch spannende Analyse der amerikanischen Handels- und Währungspolitik. Allerdings war Hudsons Hang zum Detail auch damals schon stark ausgeprägt. So erfährt man etwa, dass die Londoner Konferenz von 1933 mit Rücksicht auf die britischen Vertreter spätestens am 12. Juni beginnen musste, sonst hätte sie sich mit der Jagdsaison für das Sumpfhuhn überschnitten. Und man erfährt auch, dass weder Roosevelt noch sein Berater Raymond Moley „sehr versiert in Volkswirtschaftstheorie“ waren, und dass sie dies aber durchaus als Vorteil empfanden, weil sie sich so „immun gegen die Indoktrination mit der internationalistischen Orthodoxie“ fühlten.

Solche Beispiele machen das Buch anschaulich und lebendig. Allerdings sieht man bei Hudsons Detailfülle auch manchmal vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr. Als Leser wird man deswegen wohl nicht umhinkommen, an der ein oder anderen Stelle nochmal die

historischen Zusammenhänge nachzuschlagen, um sich überhaupt erstmal einen Überblick zu verschaffen. Zudem hat das Buch 430 Seiten, die Lektüre ist also per se schon mit einem gewissen Aufwand verbunden. Insofern ist das Buch vor allem jenen zu empfehlen, die auch wirklich tief in die Materie eintauchen wollen.

Inhaltlich bemerkenswert ist, dass der Aufstieg der USA zur beherrschenden Finanzmacht nicht auf Handelsbilanzüberschüssen, hohen Auslandsinvestitionen oder sonstigen ökonomischen Faktoren beruhte, vielmehr waren es vor allem Kriege, die für die Brüche in der internationalen Finanzordnung sorgten. Bemerkenswert ist auch, dass in einem Buch über die Weltfinanzmacht USA die US-Notenbank Fed so gut wie gar keine Rolle spielt, entscheidende Akteure waren vielmehr die jeweiligen Regierungen in Washington. Und nicht zuletzt wird hier auch deutlich, dass der Slogan „America first“ keine Erfindung Donald Trumps ist.

Alles in allem bringt folgender Satz Hudsons den Inhalt des Buchs sehr gut auf den Punkt: „Die internationale Währungsordnung war im Grunde keine internationale Ordnung gewesen, sondern ein nationales System, dem es gelang, sich über den gesamten Globus zu erstrecken.“ (S. 346)

[«*] Thomas Trares ist Diplom-Volkswirt. Studiert hat er an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Danach war er Redakteur bei der Nachrichtenagentur vwd. Seit über zehn Jahren arbeitet er als freier Wirtschaftsjournalist in Berlin.